

Nebraer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,- RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Staunmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Klebmetell 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktag bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Atern.

Nr 48

Donnerstag, den 21. April 1932.

45. Jahrgang

Von 8 bis 5 Uhr wird gewählt

Geänderte Wahlzeit bei den Preußenwahlen.

Berlin, 20. April.

Im Gegensatz zu den beiden Reichspräsidentenwahlen lautet die Wahlzeit bei der Wahl zum Preussischen Landtag am kommenden Sonntag, den 24. April, von 8 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags. Wer also noch 5 Uhr kommt in der Meinung, er könne, wie bei den Präsidentschaftswahlen, noch bis 6 Uhr sein Wahlrecht ausüben, geht seiner Stimme verlustig! Bitte merken und weiterleiten! Wahlzeit am Sonntag, den 24. April, von 8 bis 5 Uhr!

Polizeiaktion gegen Rot-Front

Haussuchungen bei kommunizistischen Sportorganisationen in ganz Preußen.

Berlin, 20. April.

Auf Grund einer Anregung der Reichsregierung hat das Preussische Innenministerium eine überreichende Aktion gegen illegale Befreiungen der kommunizistischen Partei vornehmen lassen. Am Dienstag sind in den meisten großen Städten Preußens sowie auf dem Lande Beamte der Volkspolizei in den Büros kommunizistischer Organisationen und bei einzelnen Führern erschienen und haben dort Haussuchungen und Befragungen vorgenommen.

Bei den Haussuchungen und Befragungen sollte vor allem untersucht werden, ob etwa als Sportvereine oder als Komitees des im Mai 1929 aufgelösten Rot-Front-Kämpferbundes beiseite. Deshalb hat sich die polizeiliche Aktion gegen eine Reihe sogenannter Arbeiter-Sportvereine, den Kampfklub gegen den Bolschewismus, alle Unterorganisationen der Kampfgenossenschaft für rote Sportlichkeit, erstreckt. Bei den Haussuchungen in ganz Preußen wurde eine Reihe von Aktenbänden, Brief-Schriften, Brieflinien, verbotenen Zeitdrucken beschlagnahmt. Es ist anzunehmen, daß auch in anderen deutschen Ländern ähnliche Schritte vorgenommen werden.

Frankreichs neue Sabotage

Gegenwärtig der französischen Verfassungen. — Der erste praktische Entschluß der Abrüstungskonferenz ist schließlich gemacht. Genf, 20. April.

Der vom Sonderausschuß einstimmig angenommene Entschlußgegenwärtig über die teilweise Herabsetzung der Rüstungen, jedoch nur unter der Voraussetzung der Durchführung einer entscheidenden ersten Stufe auf der gegenwärtigen Abrüstungskonferenz, führte zu einem lebhaften Zwischenpiel in der Sitzung des Hauptausschusses.

Der rumänische Gesandte in London, Titulescu, als Vorsitzender der französischen Staatengruppe ging zum Gegenwort über und suchte die auf amerikanischen Wunsch in der Entschließung angenommene Forderung auf Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß durch eine einseitige Auslegung dieser Entschließung zurückzuführen zu machen, indem er keine Zustimmung zu dem Entwurf von der Annahme eines neuen, bisher noch nicht behandelten Antrages der tschechoslowakischen Abordnung zu Punkt 2 der Tagesordnung abhängig machte.

Der tschechoslowakische Antrag, der deutlich die Entschließung des Sonderausschusses unmissbar machen soll, fordert entsprechend der französischen Sicherheitsfische, daß die Herabsetzung der Rüstungen nur unter Berücksichtigung der nationalen Sicherheit, der geographischen Lage, der besonderen Bedingungen der einzelnen Staaten und der internationalen Verpflichtungen durchgeführt werden darf. Titulescu erklärte, daß die zur Abschimmung vorliegende Entschließung und der bisher noch nicht behandelte tschechoslowakische Antrag ein untrennbares Ganzes bilden. Die Vertreter Jugoslawiens und Perziens schlossen sich den Erklärungen Titulescus an.

Dieser öffentliche Gegenwort der französischen Staatengruppe wurde von Litwinow sofort scharf kritisiert. Nach einer längeren bewegten Aussprache nahm der Hauptausschuß schließlich den Entschlußgegenwärtig des Sonderausschusses einstimmig an, jedoch erboben sich Litwinow und Titulescu gleichzeitig und erklärten, die Entschließung nur im Sinne ihrer Auslegung annehmen zu können. Die praktische Bedeutung dieser Entschließung ist damit in Frage gestellt.

Der erste praktische Entschluß der Abrüstungskonferenz ist durch das Vorgehen der französischen Staatengruppe dadurch sabotiert worden. Das Zwischenpiel im Hauptausschuß beleuchtet die Gesamtlage der Abrüstungskonferenz und hat allgemein erste Zweifel an der praktischen Beschlußfähigkeit der Abrüstungskonferenz erregt.

Immer wieder der Sicherheitspaß?

Ein Ausschuss soll die Gegenläufe ausgleichen.

Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz behandelte gestern den zweiten Punkt der Tagesordnung, und zwar a) die Kriterien der Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen, b) Berücksichtigung der besonderen Umstände in den verschiedenen Ländern, c) die Methode der Berechnung der Effektivität nach den Erfordernissen der inneren Polizei und der nationalen Sicherheit. Zu diesen Punkten lagen zwei einander völlig widersprechende Anträge vor.

Der tschechoslowakische Antrag, dem sich die Vertreter von Österreich, Schweden, Spanien angeschlossen hatten, verlangt, daß die Abrüstungskonferenz grundsätzlich beschließt, die Rüstungen auf das in den internationalen Richtlinien vereinbarte Mindestmaß herabzusetzen, unter Berücksichtigung der nationalen Sicherheit, der geographischen Lage und der besonderen Bedingungen eines Staates, wie es der französischen Abrüstungspolitik entspricht. Dagegen beantragte der italienische Außenminister Grandi, daß die Prüfung der Methoden und der Kriterien für die Herabsetzung der Rüstungen sofort auf praktischem Gebiet durchgeführt werde, um in kürzester Frist einen entscheidenden Ausschuss zur allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß herbeizuführen. Der japanische Botschafter Satow trat für den tschechoslowakischen Antrag ein und verlangte besondere Berücksichtigung der Länder mit ausgedehnten Grenzen und schwer zu erreichenden Nachbarstaaten. Botschafter Madorsky empfand dem Hauptausschuß die Annahme des italienischen Antrages, während der französische Vertreter Paul-Boncour natürlich dem tschechoslowakischen „Sicherheitsantrag“ voll und ganz beipflichtete.

Der Hauptausschuß lehnte schließlich nach ausgedehnten Verhandlungen nach der hier üblich gewordenen Methode einen Reduktionsausschuß ein, der die verschiedenen Vorschläge zu Punkt zwei der Tagesordnung über die Kriterien und Methoden der Herabsetzung der Rüstungen zusammenstellen soll. In dem Reduktionsausschuß sind wiederum sämtliche Großmächte vertreten. Man will auf diese Weise vermeiden, die heute zwischen dem italienischen Vorschlag und dem Antrag der französischen Staatengruppe entfallenden Gegensätze in irgendeiner Weise in geheimen Verhandlungen zum Ausgleich zu bringen. Der Wunsch in diesem Ausschuss ist wiederum dem griechischen Gesandten Politis übertragen worden.

Rückkehr Brünnings am Sonnabend

Mit Rücksicht auf die Preußenwahlen.

Der Reichszugler Brüning begibt sich mit Rücksicht auf die preussischen Landtagswahlen bereits am Sonnabend vormittag gemeinsam mit Staatssekretär von Bülow nach Berlin zurück, obwohl ursprünglich ein längerer Aufenthalt in Genf vorgesehen war. Es steht noch nicht fest, ob der Reichszugler in der nächsten Woche wieder nach Genf zurückkehrt. Die Entscheidung über die Rückkehr des Reichszuglers nach Genf soll, wie verlautet, von der Gestaltung der Lage nach den preussischen Landtagswahlen abhängen.

Der englische Ministerpräsident MacDonald, dessen Augenleiden sich wieder verflüchtigt hat, wird freitags dem Mittwoch nachmittag nach Paris fliegen und von dort den Abendzug nach Genf nehmen.

Dagegen soll der französische Ministerpräsident Tardieu zunächst nicht die Abreise haben, während dieser Woche noch nach Genf zu kommen. Offenbar will er Brüning ausweichen.

Eine französische Denkschrift

Der Luftverkehr soll internationalisiert werden.

Genf, 20. April.

Die französische Regierung hat der Abrüstungskonferenz eine Denkschrift übermittelt, in der die französischen Vorschläge auf Internationalisierung der zivilen Luftverkehr entwickelt werden. Die Internationalisierung, so heißt es,

ist ein wesentliches Mittel, die Verwendung der Zivilfliegen für Militärzwecke zu verhindern. Nur so könne es nieden werden, daß die Militärluftfahrt mit der Entwicklung der Zivilfliegen immer wieder Schritt halten müßte. Die Internationalisierung ermögdliche eine sofortige weltliche Begrenzung der Luftfliegen und schließe für die Zukunft den Wettbewerb und die doppelte Verwendung der Flugzeuge und staatliche Unterfliegen an die Zivilfliegen aus.

Ausflüge über eine bestimmte Tonnage hinaus dürften sich lediglich im Besitz einer internationalen Organisation befinden dürfen, die unter dem Namen „Internationale Vereinigung für Flugzeugtransport“ zu schaffen ist.

Türkei will nach Genf

Genf, 20. April.

Die türkische Regierung hat in einer Reihe vertraulicher Besprechungen, die der türkische Außenminister mit dem Generalsekretär des Völkerbundes und den Vertretern der Großmächte in Genf geführt hat, in vorläufiger Form mitteilen lassen, daß sie bereit ist, den Gedanken eines Eintritts in den Völkerbund in Erwägung zu ziehen.

Am Gegenüber zu früheren Verhandlungen mit der türkischen Regierung sind dieses Mal von türkischer Seite keine Bedingungen für den Eintritt gestellt und auch kein Sitz im Völkerbundstreffen gefordert worden. Dagegen besteht in Völkerbundkreisen der Eindruck, daß die türkische Regierung Wert auf eine Aufforderung zum Eintritt in den Völkerbund legt, die vom Völkerbund aus an die türkische Regierung in irgendeiner Form gerichtet werden soll. Ueber die Form, in der die Türkei zum Eintritt eingeladen werden soll, sind Verhandlungen noch im Gange.

Weiter verlautet, daß die Widerstände, die bisher von Seiten der Moskauer Regierung gegen einen Eintritt der Türkei bestanden und die auf gewissen vertraglichen Vereinbarungen beruhen sollen, jetzt aufgegeben worden sind und daß daher in ausnahmsloser Beziehung keine Schwierigkeiten mehr dem Beitritt der Türkei zum Völkerbund entgegenstehen. Der türkische Außenminister Tawfik Rulfid Bey hat, wie verlautet, kurz vor seiner Abreise die Frage des Eintritts in den Völkerbund mit Reichszugler Bünning erörtert.

Englands Sparerschlöß

Ueberflüssig statt Fehlbetrag — Sohölt auf den Steuerzahler.

London, 20. April

Der Schatzkanzler Unterhaus erbob sich der Schatzkanzler Neville Chamberlain in seiner Haushaltsrede. Der Betrag von zweieinhalb und viele Mitglieder des diplomatischen Korps hörten ihm von der Galerie aus zu.

Der Schatzkanzler unterließ eingangs die großen Einparungen, die seit dem letzten November gemacht worden seien, wo der Fehlbetrag 74 Millionen Pfund betragen habe. Heute sei er in der Lage, einen kleinen Ueberflüss von 364 000 Pfund aufzuweisen. Zufällig aber sei die Lage um 9 Millionen Pfund besser als erwartet.

Unter anderem seien infolge des Rückganges der Arbeitslosigkeit fast 22 Millionen Pfund 64 1/2 Millionen Pfund eingepartiert. Die Einnahmeausfälle und Zinsausgaben seien dank der neuen Zollpolitik um 3 Millionen Pfund höher als im November veranschlagt und die Biersteuer hätte mit 3 1/2 Millionen Pfund nicht ganz den Vorkriegsstand von 4 1/2 Millionen erreicht. Die Einnahmen aus der Alkoholsteuer hätten sich weiter verringert und seien um 1 Million Pfund hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Ertragssteuer sei um 18 Millionen Pfund geringer veranschlagt, die Sumpfschsteuer habe einen Fehlbetrag von 3 Millionen Pfund zu verzeichnen. Dafür habe aber die Einkommensteuer 15 Millionen Pfund und die Steuer aus hohen Einkommen 4 Millionen Pfund mehr als erwartet gebracht.

Der englische Steuerzahler habe keine Aufgabe in hervorragender Weise erfüllt und habe mit Patriotismus die Aufforderung der Regierung beknüpft, die Steuer schon früher als in den Vorjahren zu zahlen.

Chamberlain zum Haushaltsproblem

Tribut- und Schuldensystemen nicht im Etat aufgeführt.

London, 20. April.

In seiner Etatsrede im Unterhaus hat der Schatzkanzler Chamberlain auch zu dem Reparations- und Schuldensystemen Stellung genommen und unter großem Beifall betont:

Erstrebst Du ehrlich eine bessere Zukunft, dann wähle nächsten Sonntag die

Deutschnationale Volkspartei!



Liste 2 (Fritzsche, Frl. Hertwig usw.)

Elterweide. Einen Herzschlag beim Tanzen erlitt die 18jährige Maria Strenge. Ein herbeirufener Arzt stellte den Tod fest. Das Mädchen war herzkrank.

Stang (St. Torgau). Oberhalb der Großföhren-Fähre wurde die Leiche eines jüngeren Mannes aufgefunden. Die Leiche wurde in mehreren Besichtigungen aufgefunden. Die Leiche wurde in der Toten nicht bekannt.

Magdeburg. Aus einem Wagger auf der Baustelle des neuen Industriegebietes an der Staatswerft ist eine kleine Dampfmaschine und Holzbohrer im Werte von etwa 2500 Mark entwendet worden. Die Täter haben den Wagger gewaltsam aufgedrückt.

Magdeburg, Diphtherie und Scharlach. — Am Montag März erkrankten in Magdeburg an Diphtherie 26 Kinder und 11 Erwachsene, an Scharlach 28 Kinder und 8 Erwachsene.

Neuauflöschen. Schussloch wegen Mordern. Im nahen Uhrstaben hat die Zahl der an Morden erkrankten Schußlöcher einen so großen Umfang angenommen, daß von der Behörde beschlossen wurde, die Schute bis auf weiteres zu schließen.

Garbelegen. Einbrecher in der Kommunal-kasse. — Nachts wurde von bisher unbekanntem Täter ein Einbruch in das Landratsamt und die Kreisamtskassette verübt. Mit Stimmzettel wurden sämtliche Behälter und Schließfächer geöffnet, nur der Trezor blieb unbedrückt. Die Leiche hatte einen Koffer mit sich abgeholt, da eine Selbstbeurteilung und Quartier unberührt blieben. Die Beute betrug nur in 50 Mark Geld.

Quedlinburg. Ein blühiger Gastwirt und sein Sohn sind wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu Gefängnisstrafen von einem Monat bzw. zwei Wochen verurteilt worden. Die Gastwirtsweibfrau und ein Bekannter der Bekannten wegen Verhinderung zu je 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Bekannten hatten einem Gerichtsoffizier und einem Polizeibeamten, die bei dem Gastwirt um drei Uhr morgens erschienen waren, um gerade in dem Augenblick zu pfänden, als ein Quedlinburger Verein im Saale sein Stiftungsfest feierte, den Eintritt in die Räume zu verwehren versucht.

Halberstadt. Am Montag nachmittag verlor der mit Dachdeckerarbeiten in der Seydlitzstraße beschäftigte Lehrling Helmuth Grottel das Geisigewand und fürchte ab. Er fiel auf einen eisernen Zaun und wurde hochföhrlich aufgespießt. Der junge Mann, der nur mit Mühe aus der entsetzlichen Lage befreit werden konnte, war bei der Bergung bereits tot. Der Unfall ist um so trauriger, als der junge Mann später einmal das Dachdeckerberuf seines Onkels, bei dem er fortwährend war, übernehmen sollte.

Herzog (Harz). Am Späts Ende wurde hier der seit längerer Zeit durch Elektriker geführte Ein- und Ausbrecher Klapphieb fortgesetzt. Es ist Klapphieb während seiner Fortschritt bereits 12mal gelungen, durch Ausbruch die Freiheit wieder zu erlangen. Zuletzt war er in Hamburg entwichen. Wahrscheinlich war Klapphieb an den zahlreichen Einbrüchen im Südringgebiet in der letzten Zeit beteiligt. Er wurde nach Osterode gebracht.

Zwei Monate Gefängnis wegen Unterlassung des verbotenen Roten Frontkämpferbundes.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Rader Damm, bei dem anfänglich einer Hausdurchsuchung Material gefunden wurde, aus dem herorging, daß Damm den verbotenen Roten Frontkämpferbund unterhält, als Grund des Republikverstoßgesetzes zu 4 Monaten Gefängnis.

Der Provinzialrat tagt

Erledigung von Beschwerden. — Geänderte Polizeiverordnung für Fischereien.

Magdeburg. Der Provinzialrat der Provinz Sachsen hielt in Magdeburg unter Vorsitz des Oberpräsidenten Dr. Schäfer eine Sitzung ab.

Die Beschwerde des Gemeindefürsors in Frankleben gegen einen Beschluß des Bezirksausschusses in Werburg über Befestigung besonderer Befestigung für Verordnung der Kirchenverordnungen infolge einer erstellten Anfechtungsgenehmigung wurde zurückgewiesen. Gegen fanden die Beschwerden der Randgemeinden Der-Wiederstedt und Althaldensleben wegen Umgehungung von Grundbesitz aus ihrer Gemarung keine Berücksichtigung. Auf die Beschwerde der Stadtgemeinde Grödenbach über eine Umgehungung von Grundbesitz wurde der Beschluß des Bezirksausschusses in Werburg aufgehoben. Zurückgewiesen wurde die Beschwerde der Separationsinteressengemeinde Stehla über Abgabe von Wepparzellen an das Rittergut Waringstücken. Wegen der Umgehungungsbefehle der Stadtgemeinden Cropschedt und Gröningen sowie Hettstedt wurde Fristtermin angelegt.

Die Polizeiverordnung über den Betrieb von Fischereien und den öffentlichen Verkehr mit Fischbooten wurde in einigen Punkten abgeändert.

Zehnjährige Fülle, in denen die Kirchenamtszulagen für Lehrer, Kantoren, Küster und Organistenstellen festzusetzen waren, wurden erledigt. Auch wurde über eine größere Zahl an Beschwerden in Verbindung mit Kommunalbeamten Entscheidung getroffen.

Neues aus aller Welt

Kunsthändler Wader zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich der Kunsthändler Otto Wader unter der Beschuldigung, 30 Bilder, die das Zeichnen des holländischen Meisters van Gogh trugen, als echte von Goggs in den Verkehr gebracht zu haben, zu verantworten. Er wurde wegen fortgesetzten Betruges und Urkundenfälschung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Das Gericht erließ gegen Wader wegen Fischereiverstoßes Haftbefehl. Wader soll aber mit der Untersuchungshaft verbleiben, sofern er sich wesentlichlich zweimal bei seinem zuständigen Polizeikommissar meldet.

Spioniererei in der Reichspost. Zwei verdächtige Emdener Briefe und Sachverhalte, die sich vorübergehend in Mährisch-Schönberg aufzeigten und aus Westfalen stammen sollen, wurden von der Staatspolizei verhaftet. Bei ihnen wurden Landkarten der Tischelkolumne, die in jeder Buchhandlung zu kaufen sind, und photographische Apparate gefunden. Die Briefe sind in das Dämmerkreuz eingekleidet worden.

Die eigene Frau erschossen. Die Gattin des Kolonialwarenhändlers Ackermann aus Quierfeld (St. Saargraben) ist durch einen verhängnisvollen Axtwurf aus Ver-

ren gekommen. Sie war nachts aufgestanden, um das Schlafzimmerfenster zu schließen. Dabei wurde ihr Ehemann, der in nach schlaftrunkenem Zustande glaubte, einen Einbrecher im Zimmer zu sehen. Er griff zur Waffe und schloß auf die Gestalt am Fenster. Die Frau sank tot zu Boden. Die Kugel war ihr ins Herz gedrungen. Das Ehepaar hatte stets in bestem Einvernehmen gelebt.

Wasserflutung abgelehrt. Ein Flutungsantrag bei Döbelitz (Sachsen) forderte drei Tote und vier Verletzte. Bei einem Unfallsunglück fürste das Wasserflutungszeug des Oberleitnants Busonius vom Institut für Seefahrt infolge eines Steuerfehlers ins Wasser und überflutete sich. Der Oberleitnant, ferner ein Ingenieur der Flut-Werke und ein Soldat der Fluttruppe fanden den Tod. Drei Offiziere und ein Soldat wurden verletzt.

Blutiger Zusammenstoß zwischen Arbeitlosen und Polizei. Zwischen einigen hundert Arbeitlosen und der Polizei kam es in Erdgäßchen bei Werdau zu einem blutigen Zusammenstoß. Die Arbeitlosen verjagten sich vor dem Rathaus und verließen, in das Innere des Gebäudes einzudringen. Als ihnen eine Polizeieinheit den Eintritt verwehrte, wurde sie mit Steinen besorren. Darauf machten die Beamten von der Waffe Gebrauch und gaben einige Schüsse in die Menge ab. Ein Arbeiter wurde schwer, mehrere leicht verletzt. Zwei Polizisten trugen Verletzungen davon.

Unter dem Verdacht der Devisenhehlung verhaftet. Ein Basler Kaufmann, der bringend verdächtigt ist, die Devisen- und Effektenbestimmungen verletzt zu haben, wurde von den deutschen Grenzbehörden in Bärach-Stetten festgenommen. Die Staatsanwaltschaft Bärach hat seine sofortige Verhaftung angeordnet. Von den Berliner zuständigen Stellen war den Grenzbehörden mitgeteilt worden, daß der Kaufmann im Februar und März für etwa 340000 RM Effekten in Berlin veräußert hat, die er in Basel vorher zusammengekauft hatte. Den Erlös hat er dann nach Basel gebracht. Der Kaufmann, der in Bärach eine kleine Niederlassung besitzt, in der er sich mit dem Handel von Chemikalien befaßt, leugnet bis jetzt jede Schuld. Der Kaufmann, in dem er über die Grenze kam, wurde beschlagnahmt. Geldbeträge wurden bei ihm nicht gefunden.

Altterszahlen in Tier- und Pflanzenwelt.

Unser Leben währet 60 Jahre, und wenn es hoch kommt, so währet es 70. Vieles ist schon in der Bibel geschrieben, und wir alle wissen, daß mit 60 Jahren umhinbei das letzte Viertel eines menschlichen Lebens angebrochen ist. Wie aber sieht es mit der uns umgebenden Tier- und Pflanzenwelt?

Von ihrer Lebensdauer wissen wir trotz unermüdlicher botanischer und zoologischer Forschungen nur sehr wenig. Von einigen Tieren und Pflanzen vermögen wir ungefähre Angaben zu machen. Es wird vielen Leuten vollkommen neu sein, daß ein Ameisen-Welken volle zwölf Jahre leben kann, hingegen das Menschenmännchen nur zwölf Monate.

Für menschliche Begriffe noch brutaler geht die Natur bei einigen Spinnarten vor. Das Männchen wird nach

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten, dazu kommen als

Extra-Beilagen:

ein Flugblatt der Deutschen Nationalen Volkspartei (Liste 2),

ein Flugblatt der Deutschen Volkspartei (Liste 5)

zwei Beilagen empfehlen wir der besonderen Beachtung unserer Leser.

Drucksachen
für Handel, Gewerbe
und Industrie
fertig an
Buchdruckerei W. Sauer
Rosleben a. U.

Rasch vorwärts
kommt in Französischen,
verschieden sprachig
und Unterhaltungsblatt
Le Traducteur
beilegt. Man überzeuge
sich selbst und verlange
ein Gratis-Probeheft
durch den Verlag des
Traducteur in La
Chaux-de-Fonds (Schweiz)

**Geschäfts
Bücher**
J. C. KÖNIG-REINHARDT
HANNOVER
und anderer bekannter Firmen
liert
Buchhandl. W. Sauer

Deutsches Landvolk!

Am 24. April gilt es, **Preußen wiederzuerobern!** Dazu muß aber **enbältig** Schritt mit der **Zweitacht** und **Jerschiffen** in den eigenen Reihen gemacht werden. Der Parteistreit der letzten Wochen hat sich am schlimmsten im **deutschen Landvolk** ausgedehnt. Jedes Dorf und jede Familie sind davon betroffen worden. Das läßt nicht nur die Widerstandes- und Stoffkraft des deutschen Landvolks, sondern aller bodenständig-nationalen Kräfte, die doch **zusammengehen**. Auch Mitteldeutschland steht unter dem schweren Druck der **parteilichpolitischen Jerschiffen**.

Ihr wißt, daß das deutsche Landvolk nur stark ist, wenn es einig und geschlossen auftritt.

Seht Euch am 24. April in **geschlossener Bauernfront** dafür ein, daß **Preußen wieder preußisch**

wird. Wer verbürgt Euch aber, daß Preußen nach dem 24. April tatsächlich wieder das wird, was es einst war: **Der sparsamste Staat der Welt mit vorbildlicher, laubere Verwaltung?** Das verbürgen Euch am meisten **Eure eigenen Leute!** Seht Euch die Kandidatenliste der Parteien an und laßt, wo ländliche Vertreter an sicherer Stelle zu finden sind. Nur das „**Deutsche Landvolk**“ stellt als einzige Partei zur **Preußennahl** **aus schließlich Landbewohner, Landbändler und Stahlhelmer**

heraus. **Bekannt Euch zu den Vertretern aus Euren eigenen Reihen!**

Wenn Ihr wollt, daß in Preußen die sparsame und saubere Verwaltung wiederkehrt, wenn Ihr wollt, daß dem Landvolk sein Recht als erstem Diener und Schützer Preußens, des Staatsoberhauptes Friedrichs des Großen und Bismarcks, wieder wird, dann wählt am 24. April

nur **Liste 6^b**
„Deutsches Landvolk“!

Nebrauer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.- RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kathmann Weis, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt, Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Aarem.

№ 48

Donnerstag, den 21. April 1932.

45. Jahrgang

Von 8 bis 5 Uhr wird gewählt

Geänderte Wahlzeit bei den Preshenwahlen.

Nebra, 20. April.
Im Gegensatz zu den beiden Reichspräsidentenwahlen dauert die Wahlzeit bei der Wahl zum Preshenlichen Landtag am kommenden Sonntag, den 24. April, von 8 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags. Wer also nach 5 Uhr kommt in der Meinung, er könne, wie bei den Präsidentschaftswahlen, noch bis 6 Uhr sein Wahlrecht ausüben, geht seiner Stimme verlustig. Bitte merken und notfalls: Wahlzeit am Sonntag, den 24. April, nur von 8 bis 5 Uhr!

Polizeiaktion gegen Rot-Front

Hausdurchsuchungen bei kommunistischen Sportorganisationen in ganz Preußen.

Nebra, 20. April.
Auf Grund einer Anregung der Reichsregierung hat das Preussische Innenministerium eine überraschende Aktion gegen illegale Betreibungen der kommunistischen Partei vorgenommen. Am Dienstag sind in den meisten großen Städten Preußens sowie auf dem Lande Beamte der Politischen Polizei in den Büros kommunistischer Organisationen und bei einzelnen Führern erschienen und haben dort Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen vorgenommen.

Bei den Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen sollte vor allem unterrichtet werden, ob etwa als Sportvereine getarnte Organisationen des im Mai 1929 aufgelösten Roten-Front-Kämpferbundes bestehen. Deshalb hat sich die politische Polizei gegen eine Reihe sogenannter Arbeiter-Schülerbünde, den Kampfklub gegen den Faschismus, alles Unterorganisationen der Kampfgemeinschaft für rote Sportvereine, etc. etc. Bei der Hausdurchsuchung in ganz Nebra wurde eine Reihe von Affenbänken, Wildschaffern, Rottlinien, verbotenen Zeitchriften beschlagnahmt. Es ist anzunehmen, daß auch in anderen deutschen Ländern ähnliche Schritte vorgenommen werden.

Frankreichs neue Sabotage

Gegenwärtig der französischen Wahlen. — Der erste praktische Erfolg der Abrüstungskonferenz ist für die Welt.

Nebra, 20. April.
Der vom Sonderauschuss einmütig angenommene Entschließungsentwurf über die internationale Herabsetzung der Rüstungen, jedoch nur unter der Voraussetzung der Durchführung einer entscheidenden ersten Stufe auf der gegenwärtigen Abrüstungskonferenz, führte zu einem lebhaften Zwischenfall in der Sitzung des Hauptauschusses.

Der rumänische Gesandte in London, Titulescu, als Wortführer der französischen Staatengruppe ging zum Gegenwärtigen über und ludte die auf amerikanischen Wunsch in der Entschließung angenommene Forderung auf Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß durch eine einseitige Auslegung dieser Entschließung unwirksam zu machen, indem er seine Zustimmung zu dem Entwurf von der Annahme eines neuen, bisher noch nicht behandelten Antrages der tschechoslowakischen Wordingung zu Punkt 2 der Tagesordnung abhängig machte.

Der tschechoslowakische Antrag, der deutlich die Entschließung des Sonderauschusses unwirksam machen soll, fordert entsprechend der französischen Sicherheitsbesche, daß die Herabsetzung der Rüstungen nur unter Berücksichtigung der nationalen Sicherheit, der geographischen Lage, der besonderen Bedingungen der einzelnen Staaten und der internationalen Verpflichtungen durchgeführt werden darf. Titulescu erklärte, daß die zur Zustimmung vorliegende Entschließung und der bisher noch nicht behandelte tschechoslowakische Antrag ein untrennbares Ganzes bildeten. Die Vertreter Jugoslawiens und Persiens schlossen sich den Erklärungen Titulescus an.

Dieser offensichtlich Gegenwärtige der französischen Staatengruppe wurde von Litwinow sofort scharf kritisiert. Nach einer längeren bewegten Aussprache nahm der Hauptauschuss schließlich den Entschließungsentwurf des Sonderauschusses einstimmig an, jedoch erhoben sich Litwinow und Titulescu gleichzeitig und erklärten, die Entschließung nur im Sinne ihrer Auslegung annehmen zu können. Die praktische Bedeutung dieser Entschließung ist damit in Frage gestellt.

Der erste praktische Erfolg der Abrüstungskonferenz ist durch das Vorgehen des französischen Staatengruppe dadurch sabotiert worden. Das Zwischenstück im Hauptauschuss beauftragt die Gemislinge der Abrüstungskonferenz und hat allgemein ernste Zweifel an der praktischen Beschlußfähigkeit der Abrüstungskonferenz erregt.

Immer wieder der Sicherheitsplan

Ein Ausschuss soll die Gegenstände ausgleichen.
Der Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz behandelte gestern den zweiten Punkt der Tagesordnung, und zwar a) die Kriterien der Befristung und Herabsetzung der Rüstungen, b) Berücksichtigung der besonderen Umstände in den verschiedenen Ländern, c) die Methode der Berechnung der Effektivität nach den Erfordernissen der inneren Polizei und der nationalen Sicherheit. Zu diesen Punkten lagen

zwei einander völlig widersprechende Anträge vor. Der tschechoslowakische Antrag, dem sich die Vertreter von Norwegen, Schweden, Spanien angeschlossen hatten, verlangt, daß die Abrüstungskonferenz grundsätzlich beschließt, die Rüstungen auf das in den internationalen Richtlinien vereinbarte Mindestmaß herabzusetzen, unter Berücksichtigung der nationalen Sicherheit, der geographischen Lage und der besonderen Bedingungen eines Staates, wie es der französischen Abrüstungspolitik entspricht. Dagegen beantragte der italienische Außenminister Grandi, daß die Prüfung der Methoden und der Kriterien für die Herabsetzung der Rüstungen sofort auf praktischem Gebiet durchgeführt werde, um in kürzester Frist einen entscheidenden Abschritt zur allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß herbeizuführen. Der japanische Botschafter Satō trat für den tschechoslowakischen Antrag ein und verlangte besondere Berücksichtigung der Länder mit ausgedehnten Berg- und schwerer Industrie. Nachher sprachen Botschafter Litwinow und der Hauptauschuss die Annahme des italienischen Antrages, während der französische Vertreter Paul Boncour natürlich dem tschechoslowakischen „Sicherheitsantrag“ voll und ganz beipflichtete.

Der Hauptauschuss setzte schließlich nach ausgedehnten Verhandlungen und der hier üblich gewordenen Methode einen Redaktionsausschuss ein, der die verschiedenen Vorschläge zu Punkt zwei der Tagesordnung über die Kriterien und Methoden der Herabsetzung der Rüstungen zusammenfassen soll. In dem Redaktionsausschuss sind wiederum sämtliche Großmächte vertreten. Man will auf diese Weise verhindern, die heute zwischen dem italienischen Vorschlag und dem Antrag der französischen Staatengruppe existierenden Gegensätze in engeren Kreisen in geheimen Verhandlungen zum Ausgleich zu bringen. Der Vorfall in diesem Ausschuss ist wiederum dem griechischen Gesandten Politis übertragen worden.

Rückkehr Brünings am Sonnabend

Mit Rücksicht auf die Preshenwahlen.

Der Reichszugler Brünning begibt sich mit Rücksicht auf die preussischen Landtagswahlen bereits am Sonnabend vormittag gemeinsam mit Staatssekretär von Bülow nach Berlin zurück, obwohl ursprünglich ein längerer Aufenthalt in Genf vorgesehen war. Es steht noch nicht fest, ob der Reichszugler in der nächsten Woche wieder nach Genf zurückkehrt. Die Entscheidung über die Rückkehr des Reichszuglers nach Genf soll, wie verlautet, von der Befragung der Lage nach den preussischen Landtagswahlen abhängen.

Der englische Ministerpräsident MacDonald

dessen Augenleiden sich wieder verschlimmert hat, wird trotz dem Mittwoch nachmittag nach Paris fliegen und von dort den Abendzug nach Genf nehmen.

Dagegen soll der französische Ministerpräsident Laroche zunächst nicht die Absicht haben, während dieser Woche nach Genf zu kommen. Offenbar will er Brünning ausweichen.

Eine französische Denkschrift

Der Luftverkehr soll internationalisiert werden.

Nebra, 20. April.
Die französische Regierung hat der Abrüstungskonferenz eine Denkschrift übermittelt, in der die französischen Vorschläge auf Internationalisierung der zivilen Luftfahrt entwickelt werden. Die Internationalisierung, so heißt es,

ist ein wesentliches Mittel, die Verwendung der Zivilflugzeuge für Militärzwecke zu verhindern. Nur so können vermieden werden, daß die Militärluftfahrt mit der Entwicklung der Zivilflugfahrt immer wieder Schritt halten müßte. Die Internationalisierung ermöglichte eine fortwährende wirksame Begrenzung der Luftkräften und schließt für die Zukunft den Wettbewerb und die doppelte Verwendung der Flugzeuge und staatliche Unterstühtungen an die Zivilflugfahrt aus.

Luftschiffe über eine bestimmte Tonnage hinaus dürften sich lediglich im Besitz einer internationalen Organisation befinden dürfen, die unter dem Namen „Internationale Vereinigung für Flugzeugtransport“ zu schaffen sei.

Türkei will nach Genf

Nebra, 20. April.
Die türkische Regierung hat in einer Reihe vertraulicher Besprechungen, die der türkische Außenminister mit dem Generalsekretär des Völkerverbundes und dem Vertreter der Großmächte in Genf geführt hat, in vorläufiger Form mitteilen lassen, daß sie bereit ist, den Gedanken eines Eintritts in den Völkerverbund in Erwägung zu ziehen.

Im Gegensatz zu früheren Verhandlungen mit der türkischen Regierung sind dieses Mal von türkischer Seite bestimmte Bedingungen für den Eintritt gestellt und auch kein Sitz im Völkerverbund gefordert worden. Dagegen besteht in Völkerverbundstreifen der Eindruck, daß die türkische Regierung Wert auf eine Zuordnung zum Eintritt in den Völkerverbund legt, die vom Völkerverbund aus an die türkische Regierung in irgendeiner Form gerichtet werden soll. Ueber die Form, in der die Türkei zum Eintritt eingeladen werden soll, sind Verhandlungen noch im Gange.

Ferner verlautet, daß die Widerstände, die bisher von Seiten der Moskauer Regierung gegen einen Eintritt der Türkei bestanden und die auf gewissen vertraulichen Vereinbarungen beruhen sollen, jetzt aufgehoben worden sind und daß daher in außenpolitischer Beziehung keine Schwierigkeiten mehr dem Beitritt der Türkei zum Völkerverbund entgegenstehen. Der türkische Außenminister Kemal Ataturk hat, wie verlautet, kurz vor seiner Abreise die Frage des Eintritts in den Völkerverbund mit Reichszugler in London erörtert.

Englands Sparerfolg

Leberhühner statt Festsbetrag — Loblied auf den Steuerzahler.

London, 20. April.
Der dichtgedeckte Unterhaus erhob sich der Schatzkanzler Neville Chamberlain zu seiner Dankhaltrede. Der Prinz von Wales und viele Mitglieder des diplomatischen

die großen Eindrücke werden gemacht worden und betragen habe. Leberhühner von sei die Tage um

anges der 34½ Millionen ausfälle und Institut um 3 Millionen schlägt und die nicht ganz den Einnahmen auswert und seien um zurückgegeben. Und geringere Fehlbetrag von aber die Eink Steuer nur als erwartet ge

Aufgabe in her Patriotismus die Steuer schon

tsprobleme

Staat ausgeführt.

Nebra, 20. April.

Erstrebst Du ehrlich eine bessere Zukunft, dann wähle nächsten Sonntag die Deutschnationale Volkspartei!



Liste 2 (Fritzsche, Frh. Hertwig usw.)